

**Haushaltsforum für eingeladene
Interessensvertreter/-gruppen am 26. Februar
in der Aula des Schulzentrums Broich
- Diskurs Haushaltskonsolidierung -
Statement OB Mühlenfeld**

Allgemeine Begrüßung:

Dank für Teilnahme

Alle Anwesenden sind wichtige Vertreter der organisierten Zivilgesellschaft in dieser Stadt. Sind wichtige, langjährige Gesprächs- und Kooperationspartner von Politik und Verwaltung. Sie repräsentieren die ganze Kraft des Ehrenamtsbereichs, der uns in Mülheim zu Recht mit solchem Stolz erfüllt.

Ich weiß, was wir Ihnen, den Bürgern und Bürgerinnen in der Stadt zumuten und abverlangen müssen. Vergessen Sie bitte nie, wir sind auch Mülheimer Bürger und Bürgerinnen. Dies ist auch unsere Stadt!

Der Verwaltungsvorstand hat drei Monate lang hart an dem Haushaltsplanentwurf gearbeitet. Jeder musste in seinem Verantwortungsbereich Kröten schlucken. Jeder musste Einsparpotenziale auf die Liste setzen, die ihm Schmerzen bereitet haben, die er als zuständiger Fachdezernent auch eigentlich gar nicht mittragen wollte oder konnte.

Das ist keine vergnügliche Zusammenkunft, und das werden auch die Haushaltsforen nicht werden. Aber es sind

wichtige Zusammenkünfte und wir sollten uns heute ein wenig Zeit nehmen. Ich bitte auch um ein wenig Geduld, denn es sollen ja Zusammenhänge durchschaubar gemacht werden. Dafür bleibt im Alltagsgeschäft oft kaum Zeit, und leider wird auch Medienberichterstattung den komplexen Strukturen meist nicht gerecht oder wiederholt sogar eher Ungenaueres oder Unrichtiges.

-Erläuterung der strukturbedingten Krise der Ruhr-gebetsstädte

Die Gründe und Ursachen für die kommunale Finanzkrise sind vielfältig. Seit vielen Jahren sind die Städte und Gemeinden strukturell unterfinanziert, d.h. sie erhalten für die ihnen aufgetragenen Aufgaben nicht ausreichend Geld von Bund und Ländern. Die Einnahmen der Kommunen sind unsicher, weil sie konjunkturabhängig sind. Die Kosten für die deutsche Einheit belasten die Haushalte gerade in wirtschaftlich schlechten Zeiten. Die seit 2005 stetig steigenden Sozialkosten sowie die Folgen der Finanz- und Realwirtschaftskrise seit dem Herbst 2008 haben die Situation weiter verschärft. Schlimmer noch, vom Bund angekündigte Steuersenkungen und schon beschlossene Kürzungen von Bundesmitteln kommen noch obendrauf. Und die Zinszahlungen zur Tilgung notwendiger Kassenkredite – so nennt man die Kredite, die Kommunen aufnehmen, das ist ähnlich einem Dispo-Kredit einer Privatperson, beschleunigen die Verschuldung.

Noch ist Mülheim nicht in der Situation wie Oberhausen, Duisburg, Wuppertal oder Hagen. Diese Städte gelten bereits als überschuldet, d.h. den Schulden stehen keine ausreichenden Vermögenssicherheiten mehr gegenüber.

Aber: Mit weiteren 18 kreisfreien Städten der Metropole Ruhr und des Bergischen Landes befinden wir uns in einer Art „Schicksalsgemeinschaft“: Wir stehen gemeinsam vor dem finanziellen Kollaps.

Denn obwohl wir in Mülheim seit Jahren konsequent eingespart, Aufgaben und Personal reduziert haben, können wir jetzt auf Dauer keinen ausgeglichenen Haushalt mehr aufstellen.

- Hinweis, dass Haushaltskonsolidierung auch in der Vergangenheit auf freiwilliger Basis stattgefunden hat

Bereits seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre hat die Stadt Mülheim Haushaltssicherungskonzepte aufstellen müssen, um ihre Haushalte von der Bezirksregierung genehmigt zu bekommen. Das heißt im Klartext, es mussten also damals schon Einsparmaßnahmen aufgezeigt, beschlossen und umgesetzt werden.

Wir haben uns aus dieser Situation herausgearbeitet, indem Personal und Aufgaben, also Leistungsstandards abgebaut wurden (z.B. bei der Pflege der öffentlichen Grünanlagen, der Straßenreinigung per Hand, es werden Ampeln nachts partiell ausgeschaltet, das Tiergehege im Witthausbusch wurde 2000 unter Schmerzen und öffentlichem Druck aufgegeben. Wir haben Stadtteilbüchereien ebenso

geschlossen wie das unrentable Stadtbad Gebühren sind moderat erhöht worden. Eine günstige wirtschaftliche Entwicklung hat uns überdies im Jahr 2007 hohe Gewerbesteuerereinnahmen beschert, so dass wir mit einem kleinen positiven Saldo von rund 780. 000 € abschließen konnten.

- Erläuterungen der aktuellen Herausforderung bei der politischen Mehrheitsbildung. Daher sind die Foren als Instrument der Politikberatung sinnvoll

Es gibt zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine politische Besonderheit in Mülheim. Die Kommunalwahlen am 30.08.2009 haben mit einer deutlichen Mehrheit die amtierende Stadtspitze im Amt bestätigt, gleichwohl sind keine Mehrheitsbündnisse zustande gekommen, so dass die demokratische Regel außer Kraft gesetzt wurde, nach der sich die stärkste Fraktion im Parlament einen Partner sucht.

Am 03. Dezember 2009 habe ich wegen dieser offenen Mehrheitsverhältnisse im Rat allen Fraktionen einen Brief geschrieben, in dem ich die auf der Hand liegenden Themen und die politischen Handlungsfelder beschrieben habe, auf denen es im Jahr 2010 ff. weiterzuarbeiten gilt. Das wichtige Thema Haushaltsaufstellung gehörte natürlich dazu.

Inzwischen habe ich auch mit allen Fraktionsvorsitzenden auf der Grundlage dieses Briefes bilaterale Gespräche geführt, die ich im Kern als konstruktiv und ermutigend empfunden habe.

Ermutigend deshalb, weil mir alle Fraktionsvorsitzenden ihre Bereitschaft versichert haben, Verantwortung für die vor uns liegenden Gestaltungsaufgaben übernehmen zu wollen. Auch die Bildung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe bestätigt meinen Eindruck.

In dieser Situation, da werden Sie mir sicher zustimmen, erhalten die Haushaltsforen eine besondere Bedeutung. Sie sollen der Politik die Möglichkeit eröffnen, die Meinung der Bürger und Bürgerinnen zu erfahren und in ihre Beratungen einzubeziehen

In den drei Haushaltsforen in den drei Stadtbezirken Mülheims wird es zunächst noch einmal um Information gehen, indem wir über die aktuelle Haushaltslage informieren und gemeinsam mit den Bürgern und Bürgerinnen Potenziale zur Einsparung und Erhöhung der Einnahmen diskutieren.

Die Sicht der Mülheimer und Mülheimerinnen auf die Dinge ist unverzichtbar: Wo darf gespart werden und wo auf keinen Fall? Wo wären Mehreinnahmen möglich und welche Anregungen zur weiteren Gestaltung des Verfahrens können Sie geben?

Alle Meinungen, Ideen und Fragen werden dokumentiert und gehen direkt in den Beratungs- und Entscheidungsprozess der Politik ein. Man kann sich aber auch am „Online-Haushaltsforum“ unter <http://haushaltsforum.muelheim-ruhr.de> beteiligen. Nutzen Sie diese Gelegenheiten und sagen Sie es weiter!

- Erläuterung der Nachteile eines Sparkommissars, Hinweis auf parteiübergreifenden Konsens der Verhinderung eines Nothaushalts

Ein Sparkommissar ist das allerletzte Mittel, einer überschuldeten Gemeinde zu helfen. Aber das ist, und so sehen es inzwischen auch Landes- und Bezirksregierung, auch das am wenigsten geeignete Mittel, weil der Sparkommissar nur an Symptomen arbeitet und darauf achtet, dass keine freiwilligen Aufgaben mehr wahrgenommen werden, nicht aber die Strukturen oder Ursachen verändert. Außerdem werden mit dem Einsetzen des Sparkommissars die Bürger und Bürgerinnen entmündigt, denn ihnen wird ihr vornehmstes und verfassungsmäßiges Recht der kommunalen Selbstverwaltung genommen.

Anders ist es mit dem Nothaushaltsrecht, das tritt in Kraft, wenn eine Stadt kein genehmigungsfähiges Haushaltskonsolidierungskonzept (HSK) vorlegen kann. Wenn sie also nicht darlegen kann, wie sie mittelfristig zum Haushaltsausgleich kommen kann.

Dann können Rat und Verwaltung nur noch Pflichtaufgaben wie die Auszahlung von Sozialhilfe, gesetzliche Gesundheitsdienste, oder den Brandschutz wahrnehmen. Alle neuen freiwilligen Leistungen sind dann grundsätzlich untersagt, Genehmigung erhält man aber nur in Ausnahmefällen. Zugleich müssen aber auch bestehende freiwillige Leistungen hinterfragt werden. Haben Sie gewusst, dass darunter auch die Beleuchtung unserer Straßen fällt? Dass es

keine Pflichtaufgabe einer Kommune ist, eine Volkshochschule zu unterhalten. Gleiches gilt für Theater und Museen. Aber auch die exzellente Personalausstattung bei der OGS in Mülheim von 1,75 bis 2 Personalstellen pro Betreuungsgruppe würde dann wahrscheinlich nach unten an den Landesdurchschnitt von 0,8 Personalstellen anzupassen sein. Ein Frauenhaus gehört ebenso wenig wie eine Verbraucherzentrale zu den Pflichtaufgaben, haushaltsnahe Dienstleistungen für Senioren nicht und auch kein Bündnis für Familien. Entfällt das alles, dann wären damit die kommunale Selbstverwaltung und jegliche Freiheit zur Gestaltung der Stadt am Ende. Eigene Entscheidung darüber, was für die unsere Stadt wichtig und wünschenswert ist, wäre dann nicht mehr möglich.

Es gibt keine einfachen Lösungen. Und vergessen wir nicht: Der wohlfeile Ruf nach Personalabbau in der Verwaltung bedeutet Kürzung und Wegfall von Dienstleistungen für die Bürger und Bürgerinnen.

In dieser Lage brauchen wir einen breiten demokratischen Konsens. Die Verpflichtung der von den Bürgerinnen und Bürgern Mülheims gewählten Ratsmitglieder sich für das Beste unserer Stadt einzusetzen, erfordert, das Wohl der Stadt über parteipolitische Denk- und Handlungsmuster zu stellen. Jetzt sind wir alle als Bürger und Bürgerinnen dieser Stadt in der Pflicht und nicht als Angehörige einer politischen Farbe!

- Warum sind uns die Foren so wichtig: Weil ich nur unter Einbeziehung der Bürgerschaft die Entstehung eines nach-

haltigen und zukunftsorientierten Konzeptes zur Haushaltskonsolidierung für möglich halte.

- Nennung von Einsparpotenzialen und Nennung von No-Go-Areas (die die Zukunftsfähigkeit der Stadt gefährden)

- Stopp der großen Stadtentwicklungsprojekte
- Deutliche Einschränkungen bei der Schulmodernisierung
- Stopp des Bildungsprojektes Zukunftsschule
- Verkauf der RWE-Aktien, weil damit die Existenz der BHM und des Konzerns Stadt bedroht wäre, da die Millionen aus Dividendenerträgen entfielen.

- Hinweis auf die Bedeutung von Transparenz und Bringschuld der Verwaltung bei der Erläuterung der Haushaltssituation. Aber auch Hinweis auf die Verantwortung der Interessenvertreter, die Stadt bei dieser Aufgabe für einen qualifizierten Meinungsbildungsprozess zu unterstützen.

Zwischen dem Tag der Haushaltseinbringung am 18. Februar 2010 und heute ist nun schon einiges passiert.

Am 19. Februar 2010 fand in Essen, ein republikweit beachteter Kongress zur Finanzlage der Kommunen in Deutschland, besonders aber im Ruhrgebiet und im Bergischen Land statt.

Er wurde vom Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden – Für die Würde unserer Städte“ initiiert.

Die Präsidentin des DST, die Frankfurter OBin Petra Roth nutzte die Gelegenheit, dem Aktionsbündnis den Rücken zu stärken, indem Sie die westdeutschen Zahlen in den gesamtdeutschen Zusammenhang stellte.

Erkenntnisse renommierter Wirtschaftsexperten und die Fortsetzung der am 18. Dezember 2009 eröffneten Diskussion mit der Landesregierung, vertreten durch den Finanzminister des Landes NRW, Dr. Helmut Linssen, fanden bei allen Teilnehmern großen Zuspruch.

Die zentralen Forderungen des Aktionsbündnisses können ihre Wirkung nur insgesamt erzielen. Sie lauten:

- **Hilferuf zur Entschuldung:** Gemeinsam mit den Kommunen sollen Landtag und Landesregierung einen **Entschuldungsfonds** einrichten.
- **Eigenverpflichtung zur Fortführung der Konsolidierungsmaßnahmen:** Eine Hilfe zur Entschuldung der Städte und Gemeinden kann nicht ohne Gegenleistung gewährt werden. Die Kommunen selbst werden alle Potenziale, die zur Kostensenkung beitragen können, prüfen und wenn verantwortbar nutzen.

Forderung: Das Land muss die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen beseitigen und ihnen eine Finanzausstattung entsprechend ihrer Aufgaben gewährleisten. Dazu gehören insbesondere die von Bund und Land festgelegten Aufwendungen für die Soziallaste. Darüber hinaus geht ein **Hilferuf an den Bund:** die struk-

turschwachen Kommunen von der Verpflichtung zu weiteren **Soli-Ost-Zahlungen auszunehmen**, die auch noch über Kredite finanziert werden müssen.

Ich betone das heute noch einmal so ausdrücklich, weil in der bislang öffentlich gewordenen, bzw. geführten Debatte zum eingebrachten HSK-Konzept weiterhin fröhlich, aber eben völlig falsch behauptet wird, die Finanzmisere der Stadt Mülheim sei hausgemacht. Zur Erinnerung: Mit weiteren 18 kreisfreien Städten der Metropole Ruhr und des Bergischen Landes stehen wir gemeinsam vor dem finanziellen Kollaps. Können alle Städte so daneben liegen? Wohl kaum.

Auch in der Stadt selbst hat die Diskussion begonnen. Auch an die Verwaltungschefin werden Mails, Briefe, Anregungen geschickt. Das ist gut, und das hat es in dieser Form auch noch nicht gegeben.

Geradezu begeistert hat mich die Gründung des Bündnisses „Wir für Mülheim“, das am Mittwoch das Licht der Welt erblickt hat. Wir brauchen viele Engagierte, die mitdenken, mitdiskutieren, miteinander darüber nachdenken, was die Qualität diese Stadt ausmachen soll. Wir brauchen aber auch das aktive Bekenntnis zu unserer Stadt und ein neues Mülheim-Handeln!

Zum Prozess gehört natürlich auch, dass sich Protagonisten und InteressenvertreterInnen öffentlich positionieren. Denn

auch sie/Sie sind ja Teil des Verantwortungsgefüges, das ich beschworen habe. Auch sie müssen Menschen in ihren Vereinen, Verbänden, Initiativen mitnehmen und auf die neue gemeinsame Verantwortung für die Zukunft unsere Stadt einschwören. Und es ist mir sehr bewusst, was ich hier „verlange“. Denn dieser Prozess tut richtig weh – uns allen - und er wird Wunden verursachen, aber auch schließlich heilend sein. Wenn wir es gemeinsam schaffen, uns auf diese schwierige „Therapie“ und ihre Nebenwirkungen einzulassen. Das kann man nicht alleine schaffen! Das geht nur mit viel Hoffnung.

Und hier behellige ich Sie mal mit einem Zitat von Christa Wolff aus ihrem Roman „Kindheitsmuster“ und mit etwas Persönlichem:

„Wenn wir aufhören zu hoffen, kommt, was wir befürchten, bestimmt!“

Das können Sie gerne zu pathetisch finden, aber nehmen Sie es heute doch einfach mal mit. Ich gestehe, mir hat es schon manches Mal geholfen durchzuhalten.

Deshalb ist es für mich als Oberbürgermeisterin auch so wichtig, nicht nur dem unausweichlichen Konsolidierungs- und Sparzwang das Wort zu reden, sondern auch deutlich zu machen, zu welchem Zweck, zu welchem höheren Ziel wir das tun müssen. **Ich will Ihnen auch für Ihre Gespräche eine Antwort anbieten auf die Frage nach dem Warum? und Wofür? dieser „Rosskur“.**

Ich habe das in meiner Etatrede am 18. Februar ausgeführt, und ich möchte Ihnen meine sieben Punkte für Mülheims Zukunft heute gerne persönlich vortragen.

Ich verspreche Ihnen auch, dass diese sieben Punkte mein politischer Fahrplan für die Stadt in meiner jetzt begonnen zweiten Amtszeit sein werden.

1. Mülheim ist der führende Bildungsstandort in der Metropole Ruhr geworden.

Für alle Kinder gibt es Bildungsangebote von Anfang an. Kein Jugendlicher verlässt die Schule ohne Bildungsabschluss. Bündnisse mit der lokalen Wirtschaft sichern ihnen einen Ausbildungsplatz. Abiturienten- und Studierendenquoten entsprechen mindestens den demografischen Gegebenheiten in Bezug auf Geschlecht, kultureller Herkunft und sozialen Milieus. Erreicht wurde dies durch konsequente und verstärkte Förderung in den sozial benachteiligten Sozialräumen und der dort lebenden Kinder, Jugendlichen und deren Familien. Das bedeutet auch: in den nicht benachteiligten Teilen der Stadt wurden Einsparungen vorgenommen.

Die Schulinfrastruktur wurde den sinkenden Schülerzahlen angepasst. Dadurch konnten die fortbestehenden Schulstandorte in ihrer Bildungs- und Erziehungsarbeit wie auch in der Ausstattung gestärkt werden.

Ausgelöst durch das flächendeckende Ganztagsangebot wurden die Bereiche Schule und Jugendarbeit an den

Schulstandorten zusammengeführt. Das führt zu einer wechselseitig entlastenden und sich gegenseitig stärkenden Teamarbeit von LehrerInnen und SozialpädagogInnen.

2. In Mülheim leben Familien gut und gerne.

Kinder- und Familienfreundlichkeit bestimmen die Struktur der Betreuungsangebote, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer, des Wohnungsmarktes und der Familien unterstützenden Netzwerke in den Sozialräumen. Familienfreundlicher Wohnraum - egal ob im Mietwohnungsbau oder als Wohneigentum – befindet sich nicht am Rande der Stadt, sondern in der Nähe der benötigten Infrastrukturen, also mitten drin. Das bedeutet konsequente Innenraumschließung und –bebauung in allen Stadtteilen. Dadurch wird die bestehende kommunale Infrastruktur – von der Ver- und Entsorgung bis zu den Bildungseinrichtungen sinnvoll genutzt.

Nahezu alle ansässigen Unternehmen verfügen über individuelle Projekte, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen.

3. In Mülheim leben alle Generationen und Nationen friedlich und gleichberechtigt miteinander.

Erreicht wurde dies durch generationenübergreifende und interkulturelle Projekte, die besonders gefördert wurden. Die Stärkung ehrenamtlicher und zivilgesellschaftlicher Netzwerke, die Unterstützung bürgerschaftlicher Projekte –

ob für alternative Wohnformen, im Bereich der verschiedensten Selbsthilfemaßnahmen oder interkultureller und interreligiöserer Zusammenarbeit – entfaltet eine nachhaltige Breiten- und Tiefenwirkung. Sie traten vermehrt an die Stelle bisher öffentlich getragener Maßnahmen.

4. In Mülheim haben alle Bürger und Bürgerinnen Zugang zu vielfältigen Sport-, Kultur- und Freizeitangeboten.

Erreicht wurde dies nach intensiven Beratungen auf den Plattformen des Sport- und Kulturdialogs und unter umfassender Beteiligung der Bürgerschaft sowie durch die Anpassung der Angebotsstrukturen an die sinkenden Einwohnerzahlen. Das Prinzip der Sozialraumorientierung, also die Angebote hin zu den Menschen zu entwickeln, hat sich auch bei den Jugendzentren, den Senioreneinrichtungen und der Weiterbildung durchgesetzt. Dadurch können bestehende Gebäude für verschiedene Angebote gemeinsam genutzt werden. Sportvereine und Kultureinrichtungen haben untereinander, aber auch mit Schulen und Kindergärten neue Kooperationsformen gefunden. Alle Angebotsstrukturen unterliegen einem regelmäßigen Anpassungsvorbehalt.

5. Mülheim ist attraktiver und innovativer Wirtschaftsstandort mit starkem Mittelstand, hoher Beschäftigungsquote und vielfältiger Wirtschaftsstruktur.

In Mülheim herrschte jahrzehntelang Mangel an Gewerbeflächen. Dies hat sich grundlegend geändert. Erreicht wurde dies durch die parteiübergreifende Initiative „Arbeitsplätze für Mülheim sichern“. Bestehende Kontroversen bei verschiedenen Gewerbeflächenstandorten konnten ausgeräumt und neue Standorte gemeinsam gefunden werden. Auf diese Weise ist die Ansiedlung neuer Unternehmen gelungen. Außerdem konnten Erweiterungs- bzw. Verlagerungswünsche ansässiger Firmen bedient werden. Für den Erhalt der Standortqualität hat die Wirtschaftsförderung einen hohen Stellenwert in der politischen Prioritätenliste. Die konsequente mittelstandorientierte Ausrichtung gilt sowohl für das Handeln der Verwaltung als auch für das politische Klima.

Die ökologische Ausrichtung der Stadt ist zum Wachstums-, Beschäftigungs- und industriellen Innovationsmotor geworden. Deshalb gibt es für die dank der erfolgreichen Bildungsoffensive gut ausgebildeten jungen Menschen in Mülheim auch genügend zukunftsfähige Arbeitsplätze.

6. Mülheim ist Klimahauptstadt der Metropole Ruhr. Stadtplanung und Stadtentwicklung erfolgen im Geist der Leipzig-Charta und des Klimaschutzes.

Erreicht wurde dies durch eine gelungene Balance zwischen Ökologie und Ökonomie. Vermehrt konnten innovative Unternehmen aus den Bereichen von Klimaschutztechnik und Energieeffizienz jeglicher Art in die Stadt geholt werden. Dadurch und durch die klimatechnologische Ausrichtung

der HRW sowie der intensivierten Zusammenarbeit mit den beiden MPIs vor Ort entstanden innovative Impulse für zukunftsweisende Produkte und Verfahren.

Die Stadt hat ihre Qualität als grüne Wohnstadt in der Innenstadt und in den nördlichen Stadtteilen weiterentwickelt. Der Stadtumbau West hat die entscheidenden Veränderungen ermöglicht und als Fortsetzung von Ruhrbania den Prozess der Stadterneuerung weitergeführt. Dabei wurden Wohnquartiere umgestaltet, Sozialräume neu strukturiert.

Die öffentlichen Gebäude wurden energetisch ertüchtigt. Die erforderlichen zusätzlichen Finanzmittel wurden durch Aufgabe städtischer Angebote und die Veräußerung städtischer Immobilien und Grundstücke erzielt. Ein Großteil der privaten Wohnhäuser ist ebenfalls energetisch auf dem neuesten Stand. Dies hat zu den erwünschten Beschäftigungseffekten für das ansässige Handwerk geführt.

7. Die Mülheimer und Mülheimerinnen leben in einer sicheren und sauberen Stadt.

Sicherheit und Sauberkeit in einer Stadt haben auch mit dem Verhalten der Bürger und Bürgerinnen selbst zu tun. Deshalb waren Erfolge in beiden Bereichen nur zu erzielen, weil die Menschen mehr Verantwortung für die eigene Stadt übernommen haben. Wo weniger für Sauberkeit, zur Beseitigung wilder Müllkippen, verunreinigter Straßenbahnen und beschädigter Stadtmöbel ausgegeben werden

muss, kann mehr in Beschäftigung investiert werden. In Menschen, die in der Stadt unterwegs sind und gemeinsam mit den Bürgern und Bürgerinnen darauf achten, dass sorgsam mit den öffentlich finanzierten Einrichtungen und dem öffentlichen Raum umgegangen wird.

Das sind meine 7 Punkte. Sie umreißen meine Vision von Mülheim in fünf Jahren – also am Ende dieser – unserer Legislaturperiode.

Mir sind weder Verwunderung noch mitleidiges Lächeln auf einigen Gesichtern entgangen. Aber auch nicht das eine oder andere zustimmende Nicken.

Natürlich weiß ich, dass es sich bei diesen Punkten noch um ein Wunschbild handelt. Aber es ist eben mehr als nur ein visionäres Luftschloss, von dem man träumen kann – oder auch nicht. Es ist Ansporn und Verpflichtung für uns alle, genau diese Ziele ernst zu nehmen. Wer da anderer Meinung ist, soll widersprechen. Laut und öffentlich in jedem einzelnen Punkt.

Allerdings ist auch klar: um solche Ziele erreichen – oder ihnen zumindest nahe kommen zu können, muss eine wichtige Voraussetzung erfüllt sein: Die Beziehung zwischen Bürgerschaft, Politik und Verwaltung muss sich ändern. Es muss trotz unterschiedlicher Standpunkte ein gemeinsames Verständnis von umfassender Verantwortung für dieses Gemeinwesen Mülheim an der Ruhr geben.

Wir hätten dann neue, wirklich wichtige Fragen zu stellen und zu behandeln, zum Beispiel:

- Muss man nicht zu Gunsten Benachteiligter ungleich handeln, weil es am Ende dem Gemeinwohl dient, so zu verfahren?
- Darf, muss man nicht über die Forderung „Gemeinwohl über Egoismus“ diskutieren?
- Ist es zumutbar, nicht alles Wünschens- und Erstrebenswerte von der Stadt zum Nulltarif zu fordern?
- Gibt es so etwas wie Eigenverantwortung – oder müssen wir uns auch in Zukunft mit Briefen beschäftigen, in denen ein gut situierter Bürger von der Stadt die Brille seiner Frau ersetzt haben will, die auf einem Winterspaziergang Schaden genommen hat?

Nun wir werden sehen!

Also: Lassen Sie uns im Interesse der Bürger und Bürgerinnen arbeiten und so für unsere Stadt das Beste erreichen.

Ich fordere alle Fraktionen nachdrücklich auf, sich mit aller Kraft um einen Konsens bei der Haushaltsplanberatung zu bemühen, und wo nötig, um ihn zu ringen.

Und ich fordere Sie auf, sich konstruktiv und kreativ an diesem Beratungs- und Entscheidungsprozess zu beteiligen. – Wir haben keine Wahl.

Ich fordere Sie auf: fordern Sie uns und fordern Sie die Politik – dafür sind wir gewählt!

Es geht um Mülheims Zukunft. Es geht um die Würde unserer Stadt.